

Antrag an den Landesparteitag

Antragsteller: Ortsverband Merzig, Ortsverband Wadern, Ortsverband Perl, Ortsverband Dillingen, OV Saarlouis

Saarland setzt Zeichen: Keine Holzexporte in die weite Welt“.

Der Klimawandel schreitet unaufhörlich voran und trotz aller Bemühungen, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration jährlich zu. Die Folgen der globalen Erwärmung für die Natur und die menschliche Zivilisation werden laut wissenschaftlicher Prognosen verheerend sein, wenn die Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels nicht deutlich gesteigert werden.

Daher ist es nötig, effiziente Maßnahmen zur Reduzierung klimaschädlicher Treibhausgase zu ergreifen. Das Ausschöpfen aller Möglichkeiten um vermeidbare CO₂-Emissionen zu reduzieren, bedeutet Verantwortung gegenüber unseren Einwohnerinnen und Einwohnern zu tragen.

Eine Möglichkeit besteht darin, den Wald als CO₂-Senke nicht nur vorbildlich zu bewirtschaften damit sein CO₂-Bindevermögen optimiert wird, sondern die klimaschädlichen Exporte durch Holzaufkäufer, die zunehmend den Asiatischen und Amerikanischen Markt bedienen, nicht durch den Verkauf entsprechender Bäume zu unterstützen. Dies würde auch unseren holzverarbeitenden Betrieben in der Region helfen, die durch diese neue Entwicklung auf dem globalen Holzmarkt unter starken Druck geraten sind.

Die öffentliche Hand hat, anders als der private Waldbesitz, nicht nur eine besondere Vorbildfunktion, sondern auch eine andere Aufgabe im Umgang mit seinen Wäldern. Nach einem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts dient der öffentliche Waldbesitz in besonderer Weise der Umwelt- und Erholungsfunktion des Waldes und nicht der Sicherung von Absatz und Verwertung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Es liegt daher in der besonderen Verantwortung der Landesregierung, ihre eigenen Handlungsspielräume zu nutzen, um der Notwendigkeit und Dringlichkeit der Bekämpfung des Klimawandels gerecht zu werden und die Klimakrise endlich als das zu behandeln, was sie ist: Eine existenzbedrohende Krise.

Der Landesparteitag fordert die Saarländische Landesregierung auf:

Holz aus dem Staatswald nicht mehr dem weltweiten Export zur Verfügung zu stellen (auch nicht über den Holzhandel), sondern nur noch die Märkte in Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und in den Niederlanden zu bedienen, die dort die Rohhölzer aus dem Staatswald für langlebige Produkte weiterverarbeiten bzw. veredeln. Dies unterstützt den Grundsatz „Global denken - Lokal handeln“, ein Grundsatz der für die Abmilderung der laufenden Umweltkrisen (Biodiversität und Klima) von existentieller Bedeutung ist.